

Syrisches Außenministerium: Was passiert, ist lediglich ein Krieg gegen bewaffnete Gruppen, die sich dem Terror verschrieben haben

13. Juni 2012

<http://www.sana.sy/eng/337/2012/06/13/425125.htm>

DAMASKUS, (SANA)_ Das Außenministerium äußerte am Mittwoch sein Erstaunen über die aktuellen Behauptungen des Chefs der UN-Beobachtertruppe in New York, Herve Ladsous, der gesagt hatte, dass sich Syrien jetzt in einem ausgewachsenen „Bürgerkrieg“ befände.

In einer Stellungnahme gegenüber der SANA bekräftigte das Ministerium, dass alles Gerede von einem „Bürgerkrieg“ in Syrien nicht der Wahrheit und nicht dem Wesen des syrischen Volkes entspreche. Was in Syrien passiere, sei lediglich ein Krieg gegen die bewaffneten Gruppen, die Terror als das Mittel gewählt hätten, um ihre Ziele durchzusetzen und die sich gegen die Gegenwart und Zukunft des syrischen Volkes verschworen hätten.

In der Stellungnahme hieß es weiter, Syrien erwarte nach wie vor von den UN-Behörden, ganz besonders von Ladsous, dass sie unparteiisch, wahrheitsgemäß und objektiv mit den laufenden Entwicklungen in Syrien umgehen, vor allem nach der Entsendung von UN-Beobachtern in die meisten der syrischen Regierungsbezirke.

Syrien erlebe keinen „Bürgerkrieg“, sondern Anstrengungen, die Plage des Terrorismus zu beseitigen und dem Morden, den Entführungen und den Zahlungen von Lösegeldern, den Aggressionen und Explosionen zu begegnen, lautete das Statement. Bekräftigt wurden das Recht Syriens und seine Pflicht, gegen die Verbrechen der bewaffneten Gruppen vorzugehen und die Autorität der Staatsmacht auf seinem gesamten Gebiet zur Geltung zu bringen. Dies stünde im Einklang mit internationalem Recht und der vorläufigen Übereinkunft mit den Vereinten Nationen vom 19. April 2012.

Die Stellungnahme bekräftigte Syriens Respekt vor dem UN-Sondergesandten, Kofi Annans Plan und Syriens Bereitschaft, diesen in die Tat umzusetzen. Die Internationale Gemeinschaft, repräsentiert durch die UNO, solle entschlossen Stellung gegen die Verbrechen der bewaffneten Gruppen beziehen und jede militärische oder finanzielle Unterstützung dieser terroristischen Gruppen durch regionale und sonstige Staaten unterbinden. Dies wäre im Einklang mit den entsprechenden Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats, die verstärkte Bemühungen im Kampf gegen die Plage des Terrorismus fordern würden.

Al-Ibrahim